

## An die neue Bundesregierung: Appell für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik

Mit ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD die Verantwortung für Deutschland ins Zentrum ihres Handelns. **Zum Amtsantritt der Regierung machen 293 Organisationen und Verbände deutlich: Diese Verantwortung muss für alle Menschen in Deutschland gelten.**

Der Wahlkampf war geprägt von einer aufgeheizten Stimmung, die sich vor allem gegen Geflüchtete und Zugewanderte richtete. Das hat sich auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Doch die **Ausgrenzung einzelner Gruppen schafft ein Klima der Angst für alle** und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Am Ende nützt das nur den Feinden einer freiheitlichen Demokratie. **Damit muss endlich Schluss sein.**

**Zugewanderte und hierher geflüchtete Menschen sind integraler Teil unserer Gesellschaft – sie gehören zu Deutschland.** Sie bereichern uns in allen Bereichen, ob in Familie und Freundeskreis, der Nachbarschaft, den Schulen, den Sportvereinen oder den Betrieben. Viele von ihnen leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit – im Einzelhandel, im Krankenhaus, in der Industrie, in der Gastronomie, an Flughäfen, im öffentlichen Nahverkehr oder ehrenamtlich in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen. Für uns ist klar: **Unsere Gesellschaft gewinnt ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte zukommen.**

Nicht Geflüchtete und Zugewanderte spalten unsere Gesellschaft, sondern eine Politik, die sich den strukturellen und sozialen Problemen unseres Landes zu lange nicht konsequent angenommen hat. Die mittlerweile in der Gesellschaft verbreiteten Gefühle von Verunsicherung und Überforderung beim Thema Flucht und Migration werden somit noch verstärkt, anstatt ihnen mit guten Konzepten für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme-, und Integrationspolitik zu begegnen. Für die hohe Belastung von Kommunen und einzelnen Berufsgruppen im Zusammenhang mit Migration werden allein Geflüchtete verantwortlich gemacht, anstatt die tatsächlichen sozialen, politischen und finanziellen Ursachen dieser Belastung anzugehen. **So darf es nicht weitergehen.** Was es jetzt braucht, ist eine Migrationspolitik, die verantwortlich handelt, statt unsere offene und vielfältige Gesellschaft zu gefährden.

### Eine solche verantwortungsvolle Migrationspolitik...

- ❖ ... **schützt die Rechte der Einzelnen und somit aller – das gilt insbesondere auch für das Recht auf Asyl.** Das Bekenntnis zum Recht auf Asyl im Koalitionsvertrag ist essentiell, reicht aber allein nicht aus. Es muss auch gelebt werden. Zurückweisungen an den Grenzen, Abschiebungen in Krisenländer und eine Beweislastumkehr im Asylverfahren zulasten Geflüchteter sind damit nicht vereinbar.
- ❖ ... **nimmt Sorgen und Ängste ernst, ohne sie zu befeuern.** Eine demokratische Gesellschaft lebt von der streitbaren Diskussion und verschließt nicht die Augen vor

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

Herausforderungen. Doch dabei darf die kommende Bundesregierung nicht den humanitären und menschenrechtlichen Kompass verlieren, der Grundlage unseres Zusammenlebens ist.

- ❖ **... fördert die Integration aller Menschen.** Die nächste Bundesregierung sollte Familien Sicherheit bieten, statt mit der Aussetzung des Familiennachzugs Integration zu verhindern. Auch braucht es weiterhin Chancen für diejenigen, die schon lange bei uns sind, weshalb das Erfolgsmodell des Chancen-Aufenthaltsrechts entfristet werden sollte. Für ein freiheitliches Zusammenleben müssen zudem Wege zu sicheren und gleichen Bürgerrechten durch Einbürgerung eröffnet werden, die keine Gruppen ausschließen. Integration darf dabei nicht allein von der Arbeitsmarktintegration abhängig gemacht werden, sondern es muss allen möglich sein, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.
- ❖ **... investiert in Strukturen für erfolgreiche Integration und Aufnahme.** Die im Koalitionsvertrag benannten Investitionen in die Integrationsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung und dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Betreuungsstrukturen sowie Integrations- und weitere Sprachkurse. Integration gelingt vor Ort in den Kommunen – diese müssen daher für ihre Aufgaben effektiv, umfassend und nachhaltig finanziell ausgestattet werden.
- ❖ **... nutzt alle vorhandenen Potentiale.** Angesichts des Fachkräftemangels sollte die Bundesregierung konsequent alle vorhandenen Potentiale von hier ankommenden und lebenden Menschen nutzen und Hürden für Qualifikation und Arbeitsaufnahme abbauen. Hier sind bereits wichtige Schritte im Koalitionsvertrag vereinbart, doch braucht es darüber hinaus einen echten Spurwechsel und den konsequenten Abbau der Arbeitsverbote für alle Geflüchteten. Auch Gruppen wie Alleinerziehende oder Geflüchtete mit Behinderungen müssen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden.
- ❖ **... schaut über den nationalen Tellerrand.** Den weltweit zu beobachtenden autoritären Entwicklungen sollte die neue Bundesregierung mit der Verteidigung einer offenen, liberalen Gesellschaft begegnen, statt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz durch die Streichung des sogenannten „Verbindungselements“ auf Drittstaaten abzuwälzen oder sich durch fragwürdige Abkommen mit Drittstaaten in politische Abhängigkeiten zu begeben. Sie sollte sich für eine solidarische Verantwortungsteilung im internationalen Flüchtlingsschutz einsetzen und sichere Zugangswege in Form von Resettlement und Aufnahmeprogrammen eröffnen, statt sie zu beenden.

Die unterzeichnenden Verbände leisten täglich ihren Beitrag für eine Gesellschaft, die ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Zusammenarbeit von Menschen verschiedenster Herkunft, Hintergründe und Fähigkeiten gewinnt. Wer die Demokratie verteidigen will, muss

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

auch die Zivilgesellschaft und insbesondere migrantische Selbstorganisationen achten und stärken.

**Daher appellieren wir an die Bundesregierung: Übernehmen Sie Verantwortung für eine offene Gesellschaft!** Eine Gesellschaft, in der Einwanderung unterschiedlichster Art als Chance begriffen wird; in der Zugewanderte und Geflüchtete als gleichwertig anerkannt werden; in der Offenheit und Vielfalt als unsere Stärken begriffen werden.

### Unterzeichnende Organisationen und Initiativen (Stand 5. Mai 2025, alphabetisch):

#### Bundesebene (82 Organisationen)

ACAT-Deutschland (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)	Der Kinderschutzbund Bundesverband
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)	Der Paritätische Gesamtverband
Amnesty International Deutschland e.V.	Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e.V.)
Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.	Deutscher Anwaltverein e.V.
Ärzte der Welt e. V.	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. (DBSH)
AWO BUNDESVERBAND e.V.	Deutscher Caritasverband e.V.
BAfF - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer	Deutscher Frauenrat e. V.
Bike Bridge e.V.	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V..	Diakonie Deutschland
Brot für die Welt	ECCHR - European Center for Constitutional and Human Rights
Brückenwind e.V.	Flüchtlingshilfe Iran e.V
Bund Alevitischer Gemeinden e.V	Forum der Migrant*innen im Paritätischen
Bundes Roma Verband e.V.	FORUM MENSCHENRECHTE. Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen
Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) e.V.	Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.
Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen e.V. (BKMO)	Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe e. V. (BNO)	Global Citizen
Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine e.V.	GoVolunteer e.V.
Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel - KOK e.V.	Handicap International e.V.
	Humanistische Union e.V.
	Imbuto e.V.
	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e.V.)

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

International Rescue Committee (IRC)  
Deutschland

Internationale Gesellschaft für erzieherische  
Hilfen e.V. (IGfH)

Internationaler Bund

IPPNW Deutschland - Internationale  
Ärzt\*innen für die Verhütung des  
Atomkrieges/Ärzt\*innen in sozialer  
Verantwortung e.V.

Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland

Jugendliche ohne Grenzen

JUMEN e.V. - Juristische  
Menschenrechtsarbeit in Deutschland

Kabul Luftbrücke

Kindernothilfe e.V.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

LSVD+ - Verband Queere Vielfalt

Misereor

Mission Lifeline International e.V.

Mission Lifeline International e.V.

Moving Cities

NANGADEF e.V.

National Coalition Deutschland - Netzwerk zur  
Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Neue Richter\*innenvereinigung (NRV)

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl  
in der Kirche

Pena.ger, die bundesweite  
Onlineberatungsstelle für Geflüchtete

PKD Familiäre Zystennieren e.V.

PRO ASYL Bundesarbeitsgemeinschaft

Queeraspora e.V.

Reporter ohne Grenzen

Republikanischer Anwältinnen- und  
Anwälteverein e.V. (RAV)

Roma Center e.V./ Roma Antidiscrimination  
Network

S.I.G.N.A.L. e.V. - Intervention im  
Gesundheitsbereich gegen häusliche und  
sexualisierte Gewalt

Save the Children Deutschland e.V.

Sea-Eye e.V.

Sea-Watch e.V.

Seebrücke

SOLWODI Deutschland e.V.

SOS Humanity e.V.

SOS-Kinderdorf e.V.

Teachers for Future Germany e.V.

Terre des Hommes

United4Rescue – Gemeinsam Retten e.V.

Verband afghanischer Organisationen in  
Deutschland e.V. (VAFO)

Verband binationaler Familien und  
Partnerschaften, iaf e.V.

Verein demokratischer Pharmazeutinnen und  
Pharmazeuten e.V. (VdPP)

Vietnamzentrum e.V.

Zentrale Informationsstelle Autonomer  
Frauenhäuser

ZuBaKa gGmbH

**Landesebene (66 Organisationen)**

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.  
AWO NRW  
Ban Ying e.V.  
BARIS - Leben und Lernen e.V.  
Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund e. V.  
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.  
Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS)  
Caritas in NRW  
Condrops e. V.  
Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.  
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.  
Eleganz Bildungsplattform e.V.  
Evangelischer Regionalverband Frankfurt und Offenbach, Fachbereich Beratung - Bildung - Jugend  
Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin  
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg  
Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Flüchtlingsrat Brandenburg  
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.  
Flüchtlingsrat NRW e.V.  
Flüchtlingsrat RLP e.V.  
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.  
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.  
Flüchtlingsrat Thüringen e.V.  
Forum für Interkulturellen Dialog e.V.  
Frankfurter Institut für Interkulturelle Forschung und Beratung e.V.  
HAKI e. V. - Raum für lesbische, schwule, bi\*, trans\*, inter\* und queere Menschen in Schleswig-Holstein  
Hessischer Flüchtlingsrat  
IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.  
Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz  
kargah e.V.  
Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V.  
Landesjugendwerk der AWO NRW  
Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.  
Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e.V.  
lifeline Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.  
Loewenherz e.V.  
LSVD+ Verband Queere Vielfalt Sachsen-Anhalt. e.V.  
Maassen-Stiftungs-gGmbH  
MamaKiya e.V.  
Migrant Support Network e.V.  
Neumünster Medien e.V.  
OFFEN! Für eine solidarische Gesellschaft  
Paritätische Projekte  
Paritätische Projekte gGmbH Einrichtung Spurwechsel  
PASSAGE gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration mbH  
Pfennigparade Phoenix Schulen und Kitas GmbH  
PLANB Ruhr gGmbH  
pro familia Hessen  
Refugio München  
Refugio Stiftung Schleswig-Holstein  
Ronahi e.V Bochum  
Rosa Strippe e.V.  
Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.  
Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
SozDia Stiftung Berlin  
Syrische Gemeinde Schleswig-Holstein (SGS-H) e.V.

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

Umwelt Technik Soziales e. V.  
Verein für soziale Arbeit und Kultur  
Südwestfalen e.V.  
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen  
e.V. (VNB)  
Vielfalt im Ruhrgebiet gGmbH  
Vietnamesischer Verein Trier u. Umgebung  
e.V.

Vincent-Hilfe für Menschen in  
Krisensituationen e.V.  
Wir packen's an e.V.  
XENION - Psychosoziale Hilfen für politisch  
Verfolgte e.V.  
ZBBS - Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle  
für Migrant\*innen in Kiel  
Zentrum ÜBERLEBEN

### Lokale Ebene (145 Organisationen)

AfghanistanNotSafe KölnBonn  
pro familia Beratungsstelle Offenbach  
AIDS-Hilfe Frankfurt e. V. – AHF  
AK ASYL TRIBSEES der ev. Kirchengemeinde  
Alzheimer Gesellschaft München e.V.  
AMYNA e.V.  
AnFangAn e.V.  
Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe  
Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Kronshagen  
Arbeitskreis Flüchtlingshilfe Kirchhain  
Arbeitskreis Migrationsberatung Stadt  
Marburg & Landkreis  
ASH-Sprungbrett e.V.  
Asylbegleitung Mittelhessen e.V.  
Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V.  
awb e.V.  
BAFF-Frauen-Kooperation gGmbH  
beramí berufliche Integration e.V.  
Beratungsstelle der Humanistischen Union e.V.  
BIKU Bildung und Kultur gGmbH  
Bildungs- und Familienzentrum "Haus  
Vielinbusch"  
Brückenbauer.Gelnhausen e.V.  
Café Zuflucht / Refugio e.V., Aachen  
Caritasverband für das Bistum Essen e.V.  
CBF Darmstadt e.V.

Coexist e.V.  
Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF) e. V.  
colorido e. V. Plauen  
Colourful Minds Lübeck e.V  
Darmstädter Forum für psychoanalytische  
Heilpädagogik und Soziale Arbeit e.V.  
Der Kinderschutzbund Bezirksverband  
Frankfurt/MTK  
Der Kinderschutzbund Kreisverband  
Ostholstein e.V.  
Deutsch-Ukrainischer Verein in Schleswig-  
Holstein "Rozmova" e.V.  
Diakonisches Werk Bonn und Region -  
gemeinnützige GmbH  
Diakonisches Werk Region Kassel  
DiKOM Dialog und Kommunikation e.V. (Ffm  
a.M.)  
Diözesanrat der Katholik\*innen im Bistum  
Aachen  
Duha e. V. - Verein für soziale Dienste  
EKHN-Flüchtlingsarbeit Nord  
Entwicklungspolitisches Informationszentrum  
(EPIZ) Göttingen  
ESTAruppin e.V.  
Evangelisches Dekanat Gießen  
Fachstelle für interkulturelle Bildung und  
Beratung - FiBB e.V.  
Familienhaus Magdeburg gGmbH

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

FATRA e. V., Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil  
Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf e.V.  
Flüchtlingshilfe Dithmarschen  
Flüchtlingshilfe Flensburg e.V.  
Flüchtlingshilfe Gladenbach, Organisationsteam  
Flüchtlingshilfe Weilrod  
Flüchtlingshilfefonds e.V.  
Flüchtlingslotsen im Amt Hürup  
Förderverein Gemeinsames Wohnen Jung und Alt e.V. Darmstadt  
Förderverein Planerladen e.V.  
Förderverein Roma e. V.  
Frauenhaus Bergstraße e. V.  
Frauennotruf München  
FrauenTherapieZentrum - FTZ München  
Frauenzentrum Rüsselsheim e.V.  
Freiwillig in Kassel e.V.  
Freiwilligenzentrum Darmstadt / Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe  
Fremde brauchen Freunde e.V.  
Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall  
Gemeinwohlwohnen e.V.  
Gesellschaftspolitische Projekte e.V.  
Grümel gGmbH  
Haus der Generationen Stolzenau e.V.  
Horizont e.V. Dieburg  
IBIS e.V.  
IKJG e.V., Marburg  
IMMA e.V.  
InFö e.V.  
Initiative "Neue Nachbarn Rudolstadt"  
Initiative „200 nach Marburg“  
Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit e.V.  
Initiative Zukunft Bockenheim e.V.  
Innosozial gGmbH  
Institut für angewandte Kulturforschung e.V.  
Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V.  
Janusc Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.  
Jobclub VS e.V.  
Jugendhilfeausschuss Frankfurt am Main  
Jugendhof Bessunger Forst e.V.  
JUNO - eine Stimme für geflüchtete Frauen  
KJHZ Fürth gGmbH  
Kölner Flüchtlingsrat e.V.  
Kontakt Eberswalde e.V.  
KUBI Kultur und Bildung gGmbH  
kulturgrenzenlos e.V.  
Kulturhorizonte e.V.  
Kulturzentrum Schlachthof Kassel  
La Tucumanía Boliviana  
Lebenshilfe Herne "Selbstbestimmt Wohnen" gGmbH  
Lernimpuls Witten e.V.  
Lernmobil Viernheim e.V.  
linksjugend Dresden  
LutherLAB e.V.  
Meine Bildung und Ich e.V.  
Migrantinnenverein Frankfurt e.V.  
Mosaik Leipzig - Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.  
Multikulturelles Zentrum Trier  
Nachbarschaftshilfe Sauerlach e.V.  
Netzwerk Neue Nachbarn Werder  
Niehler Elternverein e.V.  
Nürnberger Menschenrechtszentrum  
Omas gegen Rechts Eutin, Plön und Umgebung  
OMAS gegen Rechts im Kreis Herzogtum Lauenburg  
OMAS GEGEN RECHTS Lübeck  
OMAS GEGEN RECHTS Schwerin

## APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

OMAS GEGEN RECHTS.DRESDEN  
OMAS GEGEN RECHTS/ Hamburg  
PaSo gGmbH  
Planerladen gGmbH  
Pro Familia Dietzenbach  
Pro Regio gGmbH  
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Lahn-Dill e.V., c/o Sophienstrasse 7,35576 Wetzlar  
Psychosoziale Frauenberatung donna klara e.V.  
Psychosoziale Hilfen Bochum e.V.  
QuarterM gGmbH  
Refugee Law Clinic Osnabrück e.V.  
Regionale Dienstleistungen Wetterau  
Rom e.V. - Roma-Selbstorganisation für Teilhabe, Bildung und Kultur  
Runder Tisch "Viele Kulturen - eine Zukunft" Main-Taunus  
Runder Tisch Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark  
SC Aleviten Paderborn e.V.  
Seebrücke Marburg  
Seebrücke Osnabrück  
Somalische Gemeinschaft Marburg-Biedenkopf  
Soziales Zentrum Dortmund e.V.  
Soziokultur Sangerhausen e.V.  
Spiegelbild - politische Bildung aus Wiesbaden e.V.  
Sprungtuch e.V. - Verein für sozialpädagogische Projekte Lübeck  
SPV gemeindepsychiatrische Angebote gGmbH  
Therapie Sofort München gGmbH  
Traumapädagogische Initiative Flensburg e.V.  
Turkuaz e.V.  
Verein "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof e.V."

Verein für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen e. V.  
Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. (VAKS e.V.)  
Weiterbildungsinstitut Ruhr  
Werk-statt-Schule Northeim e.V.  
wif e.V. - Begegnung & Beratung  
Wüstenblumen Teilhabe für Zugewanderte im Kreis Rendsburg -Eckernförde e.V.  
ZAK Zusammen aktiv in Neuperlach Verein für Gemeinwesenarbeit  
ZBBS e.V.  
Ziuma e.V.